

0.104.01

ala

Genf - Instrument unserer Aussenpolitik

Ein Kleinstaat wie die Schweiz braucht den Frieden, um seine Existenz zu sichern und sein Leben im Innern, dem die Hauptanstrengungen unseres Volkes gelten, in Ruhe ordnen zu können. Wir müssen uns deshalb stets mit aller Kraft für die Lösung von Gegensätzen und Spannungen in der Welt einsetzen. Wir müssen mithelfen, Konflikte zu vermeiden. Einen wesentlichen Beitrag leisten wir, indem wir die internationale Zusammenarbeit in unserem Lande mit allen verfügbaren Mitteln erleichtern und fördern. Die Schweiz war seit jeher der ideale Ort für das Gespräch der Völker; sie muss es auch in Zukunft bleiben. Genf, als internationales Zentrum, erfüllt in dieser Hinsicht eine gesamtschweizerische Aufgabe.

Die Schweiz hat schon im vergangenen Jahrhundert die Rolle erkannt, die sie hier zu spielen berufen ist. Angesichts des Risikos der Isolation, das die Neutralität in sich birgt, ist uns heute, im Zeitalter der universellen Solidarität, die Präsenz der internationalen Organisationen in der Schweiz mehr denn je eine willkommene Gelegenheit, unseren Willen zu tatkräftiger internationaler Zusammenarbeit zu bekunden. Man darf ohne weiteres behaupten, dass die Welt diesen Dienst der neutralen Schweiz geradezu erwartet. Er ist zur eigentlichen Tradition geworden und als einer der bedeutendsten Beiträge an die weltweite Zusammenarbeit aus unserem aussenpolitischen Instrumentarium nicht mehr wegzudenken.

Genf ist durch seine grosse Vergangenheit für die Rolle des internationalen Gastgebers geradezu vorbestimmt: schon im 13. Jahrhundert, durch seine geographische Lage begünstigt, ein internationaler Marktplatz, auf dem nicht nur Waren, sondern auch Ideen ausgetauscht wurden; Stadt Calvins, Wiege des Roten Kreuzes, Zufluchtsort unzäh-

liger Flüchtlinge durch die Jahrhunderte, Hüterin einer grossen Tradition der Menschlichkeit, der Hilfe und der Linderung des Leidens der Völker. Grosse Namen leuchten aus der Vergangenheit auf: Rousseau, Madame de Staël, Chateaubriand, Lord Byron, Balzac, Liszt, Eliot, Dostojewskij, Lenin, sie alle haben sich von diesem grossen internationalen Schmelztiegel der Ideen, vom regen Geiste Genfs angezogen gefühlt und in dieser Stadt gelebt und gearbeitet. Kein Wunder, dass die Völker nach dem Ende des ersten Weltkrieges in Genf den neuen grossen Versuch der Verständigung, der Sicherung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit unternahmen und die Rhonestadt zum Sitz des Völkerbundes wählten. Andere grosse internationale Organisationen, wie etwa das Internationale Arbeitsamt, folgten dem Vorbild.

Das Versagen des Völkerbundes und der Zweite Weltkrieg warfen schwere Schatten auf Genf und brachten seinen Weltruf in Gefahr. Als 1945 in San Francisco die Vereinten Nationen gegründet wurden, dachte niemand an die Reaktivierung Genfs. Die Völker suchten ihre Hilfe in der kollektiven Sicherheit, und der Neutrale, der nichts zum Siege beigetragen hatte, stand in Misskredit. Doch schon nach überraschend kurzer Zeit rückte die internationale Plattform Genf wieder in den Mittelpunkt.

Im Jahre 1946 schloss die Schweiz mit dem Generalsekretär der UNO ein Sitzabkommen ab. Genf, das Palais des Nations, wurde zum zweiten Sitz der Weltorganisation. Die Wirtschaftskommission der UNO für Europa (ECE) liess sich in Genf nieder. Weitere Spezialorganisationen der UNO folgten: die Weltgesundheitsorganisation (OMS), die Meteorologische Weltorganisation (OMM), die Internationale Fernmelde-Union (UIT). Das Internationale Arbeitsamt (OIT), das während des Weltkrieges seinen Sitz nach Kanada verlegt hatte, kam zurück. Weitere Organe der UNO wählten Genf zu ihrem Sitz: der Flüchtlingshochkommissar, die Welthandelskonferenz (UNCTAD). Dazu kamen im Verlaufe der Jahre europäische Organisationen, wie die Europäische Freihandels-Assoziation (EFTA) und die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN). Genf beherbergt zudem die Sitze von über 150 nichtstaatlichen internationalen Organisationen, wie die Internationale Juristen-Kommission,

der Oekumenische Rat der Kirchen, die Internationale Union für Tourismus, usw. Kurz, Genf ist im Vergleich zu anderen Konferenzzentren der Welt die Stadt mit der weitaus grössten Dichte internationaler Organisationen geworden.

Es mag in diesem Zusammenhang von Interesse sein, dass sich in der Schweiz insgesamt 288 internationale Organisationen niedergelassen haben. Unser Land steht damit, nach Frankreich, Belgien und Grossbritannien an vierter Stelle der wichtigsten Sitzstaaten der Welt. Die Gesamtzahl der zwischenstaatlichen und nicht-staatlichen internationalen Organisationen der Welt betrug anfangs 1967 2134.

Abwohl unser Volk den internationalen Organisationen in der Vergangenheit, wie - seien wir ehrlich - auch heute noch mit einem gewissen Misstrauen begegnet, hat unser Land bei der Schaffung von internationalen Institutionen, ob sie nun universeller oder europäischer, ob sie technischer, wissenschaftlicher oder humanitärer Art waren, oft eine führende, ja sogar entscheidende Rolle gespielt. Denken wir nur an das Rote Kreuz, das eine typisch schweizerische, zugleich aber eine der universellsten aller internationaler Organisationen ist und das vor über 100 Jahren in Genf gegründet wurde. Oder erinnern wir uns des Genfer Kongresses für Frieden und Freiheit vom Jahre 1867, der schon damals die Idee eines geeinten Europas propagierte.

Genf ist indessen nicht nur Sitz internationaler Organisationen, sondern auch bevorzugte Konferenzstadt: Abrüstungskonferenz, Vietnam-Konferenz im Jahre 1954, das Treffen der Grossen Vier 1955, die Laos-Konferenz, die Konferenz über die friedliche Verwendung der Atomenergie, die Seerechtskonferenz, die Welthandelskonferenz, um nur einige zu nennen.

Wie sehr Genf auch in unseren Tagen immer mehr zum bevorzugten Zentrum der internationalen Zusammenarbeit wird, belegt die Tatsache, dass im vergangenen Jahr in Genf im Palais des Nations 1539 Sitzungen mehr stattgefunden haben, als am Hauptsitz der UNO in New York. Die Tendenz, Tagungen in zunehmendem Masse vom Hauptsitz der UNO in New York nach Genf zu verlegen, ist unverkennbar.

Von 1960 bis 1966 haben die Tagungen in Genf um insgesamt 1876 zugenommen. In der gleichen Zeitspanne verzeichnet das Total der Konferenzteilnehmer eine Erhöhung um rund 6000, während das technische Konferenzpersonal des UNO-Sekretariats um rund 1000 zugenommen hat.

Weshalb wird gerade Genf bevorzugt ? Die Gründe sind verschiedener Art: die internationalen Organisationen und Konferenzen finden bei uns ein ruhiges neutrales Land, das mit der Welt in Frieden lebt; sie finden politische Stabilität, freiheitliche Atmosphäre, liberalen Geist, humanitäre Tradition, eine ausgezeichnete geographische Lage und deshalb gute Verbindungen, angenehme klimatische Bedingungen; sie finden bei uns Mehrsprachigkeit, eine Bevölkerung, die eine der offiziellen Sprachen der Weltorganisation - französisch - spricht und, was für internationale Konferenzen atmosphärisch nicht unwichtig ist: sie finden landschaftliche Schönheit und - im Gegensatz zum hektischen Betrieb und Lärm der Weltstädte - Ruhe ! Anerkennung findet aber auch immer wieder unsere Bevölkerung, die nicht "auf die Strasse geht", um, wie oft in anderen Ländern, gegen Beschlüsse der Organisationen und Konferenzen zu demonstrieren und zu protestieren. Anerkennung finden auch die objektiv und konstruktiv arbeitenden Massenmedien: Presse, Radio und Fernsehen, die sich nicht in die Tätigkeit der Organisationen und Konferenzen einmischen und nicht versuchen, politischen Druck auszuüben. Schliesslich dürfen im Verzeichnis der Vorzüge, die im Vergleich zum Ausland annehmbaren Lebenskosten und "last but not least" unser ausgezeichnetes Gastgewerbe nicht vergessen werden, das jederzeit in der Lage ist, Tausende von Konferenzteilnehmern gastfreundlich aufzunehmen und ihnen einen angenehmen Aufenthalt zu bereiten.

Von all den Tausenden von internationalen Beamten und Delegierten, die Jahr für Jahr in die Schweiz kommen, weiss ein Jeder - auch das ist bedeutsam -, dass er ein Land betritt, mit dem sein Land gute Beziehungen unterhält. Unser gutes Einvernehmen mit allen Staaten steht übrigens in engem Zusammenhang mit unserer Nichtmitgliedschaft in der UNO. Wären wir Mitglied der Weltorganisation, so kämen wir fast automatisch in politische Spannungsfelder. Wir könnten es selbst mit



unserer neutralen Haltung in der UNO-Generalversammlung bei Abstimmungen mit unserer Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung mit dem einen oder anderen Lande verderben; unsere Beziehungen würden darunter leiden.

Die Anwesenheit Tausender internationaler Beamter und Konferenzteilnehmer ergibt auch eine sympathische Nebenwirkung: all die vielen Delegierten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik erhalten bei ihrem Aufenthalt in Genf politische, wirtschaftliche und kulturelle Eindrücke und Kenntnisse über unser Land vermittelt. Sie werden in Genf, in diesem grossen "Schaufenster der Schweiz", mit unserem Lande besser vertraut gemacht. Das Bild der Schweiz wird zu einem nicht unwesentlichen Teil auf dieser internationalen Plattform geprägt. Aber auch wir Schweizer erhalten durch die Anwesenheit dieser Konferenzteilnehmer aus allen Kontinenten, aus den verschiedensten Kulturen, immer wieder wertvolle Eindrücke vermittelt. Auch hier geht es nach den Spielregeln des "give and take", des Nehmens und Gebens.

Wie sehr der politische Wert der internationalen Organisationen für ein Gastland hoch im Kurse steht, zeigen die ständigen Anstrengungen anderer Staaten, uns Organisationen und Konferenzen abspenstig zu machen oder neue Organisationen an sich zu ziehen. Die internationalen Organisationen sind im Jahrhundert der internationalen Zusammenarbeit zu einem eigentlichen Statussymbol geworden. Wir erheben zwar keinen Anspruch auf eine Monopolstellung für die Sitze internationaler Organisationen und treten für einen fairen Wettbewerb um neue Organisationen und Konferenzen ein. Wir dürfen jedoch vom Ausland erwarten, dass es den "status quo" respektiert und nicht versucht, uns auf "Schleichwegen" Organisationen abspenstig zu machen, die sich bei uns niedergelassen haben. Ein Abbröckeln, eine Erschütterung der Position Genfs würde unseren aussenpolitischen Interessen ernsthaften Schaden zufügen.

Welche Massnahmen hat nun die Eidgenossenschaft getroffen, um die Tätigkeit der internationalen Organisationen in Genf zu erleichtern und zu fördern ?

In erster Linie verdient die Gründung der Immobilienstiftung für internationale Organisationen, der sog. FIPÖI, erwähnt zu werden. Diese Stiftung wurde 1965 gemeinsam mit den Genfer Behörden ins Leben gerufen; sie stellt den Organisationen Gebäude zur Verfügung; sie erleichtert den Aus- und Neubau von Verwaltungs- und Konferenzbauten internationaler Organisationen durch die Gewährung von Darlehen und Baurechten. Diese Zusammenarbeit zwischen Bund und Kanton Genf hat sich in allen Teilen bewährt. Notwendigkeit und Nutzen der FIPÖI sind erwiesen.

Die ersten Projekte der FIPÖI beziffern sich auf insgesamt 153 Millionen Franken und umfassen: den Bau eines Konferenz- und Presse-zentrums, des Sitzgebäudes der EFTA und ein Darlehen zum Bau des neuen Verwaltungsgebäudes der Internationalen Arbeitsorganisation. Weitere Darlehen sind in Aussicht gestellt oder pendent, so Darlehen zur Vergrößerung des Palais des Nations und der Sitzgebäude der Meteorologischen Weltorganisation und der Internationalen Fernmeldeunion.

Der Gesamtbetrag sämtlicher Darlehen, welche die Eidgenossenschaft zum Zwecke der Finanzierung von Bauten internationaler Organisationen seit Kriegsende bis 1967 gewährt hat, beläuft sich auf rund 270 Millionen Franken. Die Beträge, die im gleichen Zeitraum internationalen Organisationen à fonds perdu ausgerichtet wurden, betragen 6,35 Millionen Franken. Der Kanton Genf hat in dieser Zeitspanne zum gleichen Zweck Darlehen in der Höhe von 20,75 Millionen und Beiträge à fonds perdu im Betrage von 14,35 Millionen bezahlt.

Nachdem die Darlehen, die den internationalen Organisationen seit Kriegsende gewährt wurden, mehrheitlich zinslos zur Verfügung gestellt wurden, sehen sich die Bundesbehörden nunmehr veranlasst, eine bescheidene Verzinsung (3%) ihrer Darlehen an die FIPÖI bzw. die interessierten internationalen Organisationen zu verlangen. Die Bundesbehörden hatten dabei auf den beachtlichen Umfang der von den internationalen Organisationen für Bauzwecke erwarteten Kapitalbeteiligungen der schweizerischen Behörden, aber auch auf die anderen gros-

sen finanziellen Anforderungen Rücksicht zu nehmen, die an die Eidgenossenschaft gegenwärtig für andere Zwecke gestellt werden. Es waren aber auch die Verhältnisse auf dem schweizerischen Kapitalmarkt in Betracht zu ziehen.

Im Vordergrund der Genfer Bauvorhaben steht die Vergrösserung des Palais des Nations, des ehemaligen Völkerbundpalastes und heutigen Sitzes der UNO. Das neue Gebäude, das rund 60 Millionen Franken kostet, soll den Bedürfnissen der Weltorganisation in Genf in den nächsten 10 bis 15 Jahren gerecht werden.

Das Bauvorhaben der UNO entspricht zweifellos einem dringenden Bedürfnis. Das Palais des Nations ist der eigentliche Konferenzmittelpunkt Genfs. Hier tagen nicht nur die Organe der UNO, wie etwa der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC), der Flüchtlingshochkommissar oder die Welthandelskonferenz (UNCTAD), sondern auch die grossen Jahreskonferenzen der Spezialorganisationen der UNO in Genf: die Weltgesundheitsorganisation, die Meteorologische Weltorganisation, das Internationale Arbeitsamt. Die Vergrösserung kommt aber auch anderen internationalen Organisationen und schweizerischen Institutionen zugute, die Jahr für Jahr im ehemaligen Völkerbundspalast tagen. Das beschlossene Bauprojekt stellt auch die Möglichkeit in Rechnung, gelegentlich eine Generalversammlung der UNO in Genf durchzuführen. Man spricht etwa von der Möglichkeit, die Generalversammlung jeweils in den Jahren in Genf durchzuführen, in denen die amerikanischen Präsidentschaftswahlen stattfinden, d.h. alle 4 Jahre. Die Mitgliedstaaten der UNO, die sich für diese Lösung einsetzen, möchten mit der Verlegung nach Genf vermeiden, dass die Generalversammlung jeweils im Wahljahr allfälligen Auswirkungen des innenpolitischen Kräftespiels und des Wahlfiebers ausgesetzt wird. Da die Vergrösserung des Palais des Nations gegen 1971 fertiggestellt sein dürfte, könnte frühestens im Wahljahr 1972 eine Generalversammlung in Genf stattfinden, falls die Idee einer zeitweisen Verlegung überhaupt durchdringen sollte. Vor diesem Zeitpunkt wäre es technisch ausgeschlossen, eine Generalversammlung in Genf abzuhalten, da die nötigen Konferenz-Einrichtungen noch gar nicht vorhanden sind. Eine Generalversammlung würde ja

rund 9'000 Delegierte, Beamte und technisches Personal, sowie rund 800 Journalisten, Radio-, Fernseh- und Filmberichterstatter nach Genf bringen. Schon diese Zahlen allein zeigen, wieviele Hotelunterkünfte, Konferenzräume, Büros, Telephon-, Telex-, Radio- und Fernsehverbindungen nötig sind, um die Arbeitsbedürfnisse des ganzen riesigen Apparates der Weltorganisation zu befriedigen.

Schweizerischerseits kann der Entschluss der UNO, das Palais des Nations zu vergrössern, nur begrüsst werden, denn die Vergrösserung des UNO-Sitzes unterstreicht die Bedeutung Genfs als internationales Zentrum; sie hilft mit, Genf als internationale Drehscheibe tragfähiger zu machen. Andererseits wollen wir mit unserem Baudarlehen und unserer Subvention zum Ausdruck bringen, dass die UNO und ihre Organe bei uns stets willkommen sind.

Eine weitere Massnahme, die der zunehmenden Bedeutung Genfs Rechnung trägt, ist die 1966 erfolgte Ernennung eines Ständigen Vertreters des Politischen Departements beim Sitz der UNO und den anderen internationalen Organisationen in Genf. Dieser Ständige Vertreter hat nicht nur die Beziehungen zu den in der Rhonestadt niedergelassenen internationalen Organisationen und ausländischen Delegationen zu pflegen und die Schweiz an internationalen Konferenzen zu vertreten, sondern auch zusammen mit den Genfer Behörden die verschiedenartigsten Probleme lösen zu helfen, die sich durch die Anwesenheit der Organisationen ergeben.

Die Beherbergung zahlreicher internationaler Organisationen mit ihren rund 8000 internationalen Beamten und rund 1000 Mitarbeitern der Delegationen bildet zwar einen Eckpfeiler in der Wirtschaftsstruktur Genfs; sie bringt andererseits aber auch wesentliche Nachteile fiskalischer Art und Belastungen für die Infrastruktur und die bauliche Gestaltung der Stadt mit sich. Die Störfaktoren, die sich für die Genfer aus der starken Ueberfremdung im psychologischen Felde ergeben, seien nur am Rande vermerkt. Der Bund wird jedenfalls nach Mitteln und Wegen suchen müssen, die dieser besonderen Situation Genfs und der bedeutsamen Aufgabe, die es im Interesse des ganzen Landes erfüllt, besser Rechnung tragen.



Die Tragfähigkeit Genfs nähert sich ihren Grenzen. Auch diese Tatsache ist nicht ausser Acht zu lassen. Neue Lösungen müssen für die Zukunft konzipiert werden, wie etwa die in Prüfung stehende Idee der Dezentralisation des internationalen Zentrums Genf Richtung Lausanne und eine sinnvolle Aufgabenteilung zwischen diesen beiden Städten. Lausanne hat dazu bereits seine Disponibilität erklärt. In Frage käme für den Anfang vielleicht eine Rollenverteilung in dem Sinne, dass Lausanne vermehrt internationale Konferenzen und Kongresse aufnimmt und damit Genf entlastet. Aber auch andere Lösungen sind denkbar, wie etwa der Bau einer Satellitenstadt in der Nähe Genfs oder die Schaffung einer grösseren internationalen Zone über die Grenzen hinaus, in Zusammenarbeit mit Frankreich. Jedenfalls drängen sich auch hier, wie auf anderen Gebieten, Lösungen im grösseren, regionalen Rahmen auf.

Bund und kantonale Behörden sind angesichts dieser Zukunftsperspektiven jedenfalls bereit, weitsichtige Massnahmen zu treffen, damit man die internationale Plattform Schweiz auch in Zukunft stets einsatzbereit findet. Es steht nicht mehr oder weniger auf dem Spiel als ein Stück schweizerischer Aussenpolitik, unsere traditionelle Bereitschaft, Treffpunkt der Völkergemeinschaft zu sein und zu bleiben.

15. April 1967.

(Aus einer Vortragsreihe "Die Schweiz und die internationalen Organisationen" von Dr. Heinz Langenbacher, Sektionschef der Abteilung für internationale Organisationen im Politischen Departement)